

FRIEDE UND ENTWICKLUNG IN AFRIKA

Konferenz zum Thema ‚Armut als Mitgrationsursache an der Wurzel bekämpfen‘

12. Oktober 2000

Veranstaltungszusammenfassung.

Auf der Politischen Akademie trafen hochrangige Vertreter aus Afrika mit mitteleuropäischen Politikern und Experten zusammen, um über die Möglichkeiten zukünftiger Zusammenarbeit zu diskutieren. Botschafter Dr. Georg Lennkh eröffnete um 9.15 Uhr die Konferenz und begrüßte die Referenten. Der erste Teil der Veranstaltung war dem Thema „Armut als Migrationsursache an der Wurzel bekämpfen“ gewidmet. Dazu nahmen Botschafter Dr. Christian Prosl, in Vertretung von Außenministerin Dr. Benita Ferrero-Waldner und Generalsekretär Mag. Peter Sichrovsky, in Vertretung von Vizekanzlerin Dr. Susanne Riess-Passer sowie der ehemalige Außenminister Ugandas, Dr. Paul Ssemogerere, Stellung. Im zweiten Teil, der unter dem Titel „Friede und Entwicklung. Konfliktprävention in Afrika“, präsentierten Botschafter Walter Fust aus der Schweiz, Mag. Beat Schuler vom UNHCR und der burundische Minister für Menschenrechte Eugène Nindorera ihre Überlegungen. Die Konferenz fand schließlich in einer Podiumsdiskussion, in der auch das Publikum Fragen an die Referenten richten konnten, ihren Abschluss.

Einleitungsstatement – Botschafter Dr. Christian Prosl

Botschafter Prosl betonte zu Beginn die Tragweite der Entwicklungszusammenarbeit und begrüßte die Gelegenheit, diesen Themenkomplex fundiert zu diskutieren. Dem Außenministerium sei es besonders wichtig, die globale Dimension von Entwicklungspolitik zu verdeutlichen. Probleme wie Konflikt und Migration in Entwicklungsländern oder ökologische Desaster kennen keine Grenzen, sondern betreffen alle und bedürfen daher auch internationaler Lösungsstrategien.

Entwicklung und Frieden seien untrennbar miteinander verbunden. Entwicklung ohne Frieden ist nicht möglich und umgekehrt. „Gewalt stoppt Entwicklung. Sie zerstört, was mühsam aufgebaut wurde und trifft die schwächsten Mitglieder einer Gesellschaft.“

Afrika ist die am meisten von Konflikten betroffene Weltregion. Allein 1999 gab es dort 19 Kriege und Bürgerkriege. Sechs von acht Schwerpunktländern der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) liegen in Afrika. Vier davon, Äthiopien, Burkina Faso, Ruanda und Uganda, sind von Konflikten betroffen. Der Ursachenanalyse und den Strategien der Konfliktvermeidung kommen daher eine besondere Rolle zu. Auch auf internationaler Ebene (Vereinte Nationen, OECD, Weltbank, EU) wird in gezielter Entwicklungszusammenarbeit ein effizientes Instrument zur Konfliktprävention gesehen.

Prosl betonte, dass es nicht nur eine moralische Verpflichtung für Österreich als einem der reichsten Länder der Welt gebe, den ärmsten Menschen Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, sondern auch ganz konkrete Eigeninteressen damit verbunden wären. „Die Auswirkungen des Teufelskreises aus Armut, Gewalt und Umweltzerstörung betreffen uns alle.“

Entwicklungszusammenarbeit muss ein partnerschaftlicher Prozess sein. Die österreichische EZA setzt auf den Aufbau nachhaltiger Strukturen, die eigenständige Entwicklungsprozesse in den Partnerländern ermöglichen. Im Zentrum der Bemühungen stehen Armutsbekämpfung, Schutz und Erhaltung der Umwelt sowie Konfliktprävention als sich gegenseitig ergänzende Bereiche einer nachhaltigen Entwicklung.

Armut, Umwelt, Konfliktprävention

Weltweit leben derzeit rund 1,4 Milliarden Menschen in extremer Armut, statistisch gesehen von weniger als 1 US Dollar pro Tag - mehrheitlich sind es Frauen und Kinder. Österreich bekennt sich zum internationalen Entwicklungsziel, diese Zahl bis zum Jahr 2015 um die Hälfte zu verringern.

Armut ist ein wichtiger Faktor der Umweltzerstörung und diese hat weltweite Konsequenzen. Umweltschutz kann nur durch gemeinsames Handeln erfolgreich sein und muss daher im gemeinsamen Interesse von Industrie- und Entwicklungsländern sein. Das Bewusstsein für die Bedeutung des Umweltschutzes wächst. Doch muss man sich vor Augen halten, dass Länder, deren Bevölkerung sich Großteils in einer existenzbedrohenden Lage befindet, andere politische Prioritäten haben.

Zwischen Armut und bewaffneten Konflikten besteht ein eindeutiger Zusammenhang; von 70 bewaffneten Kampfhandlungen, die weltweit seit 1994 innerhalb und zwischen Staaten stattfanden, geschahen 58 in Entwicklungsländern.

Für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit steht Konfliktprävention in engem Zusammenhang mit der Förderung von Demokratie, Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und guter Regierungsführung. Daher wurden Programme zur Stärkung der Zivilgesellschaft, Hilfe bei Verwaltungs- und Institutionenreform, Förderung des Aufbaus von professionellen Medien und zur Unterstützung bei der Organisation von Wahlen entworfen. Ein wichtiger Teil der Entwicklungszusammenarbeit ist auch die Verbesserung der Situation von Frauen, Gewalt gegen Frauen stellt ein weitverbreitetes, strukturelles Problem in afrikanischen Gesellschaften dar.

Neben der langfristigen Konfliktprävention betätigt sich Österreich auch im Bereich der Friedensvermittlung. Beispielsweise stellt die Vermittlermission von Botschafter Lennkh, dem Leiter der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, im Rahmen des Arusha-Friedensprozesses ein Beispiel für die gelungene Verbindung von Diplomatie und EZA dar.

Auch gilt es der österreichischen Öffentlichkeit die Kultur und Situation der Entwicklungsländer zu vermitteln, um Vorurteile abzubauen und den notwendigen gesellschaftlichen Rückhalt für Entwicklungszusammenarbeit schaffen zu können.

Abschließende Betrachtung

Afrika ist nicht nur der größte Schauplatz von Konflikten, der Abstand zum Rest der internationalen Gemeinschaft wird im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bereich immer größer. Trotzdem sieht Prosl auch positive Entwicklungen, z.B. die friedliche Entwicklung Mozambiques oder der Friedensprozess von Arusha. Leistungen der Entwicklungsstaaten müssen anerkannt und unterstützt werden. Gleichzeitig dürfen die Geberstaaten von den Entwicklungsländern auch Leistungen einfordern, insbesondere eine „gute Regierungsführung“. Für bessere Erfolgsperspektiven benötigt ein Engagement in Afrika demokratische Partner.

Generalsekretär Mag. Peter Sichrovsky, MEP

Zwei Motive für Entwicklungszusammenarbeit stehen am Anfang der Überlegungen von Sichrovsky: Die moralische Verpflichtung der reichen Länder, der Solidaritätsaspekt, sowie das Interesse der Industrieländer an einer globalen Stabilität. Diese ist durch die riesigen Flüchtlingsbewegungen in Gefahr. „Die Probleme der Dritten Welt sind somit auch unsere Probleme“.

Migration

Laut UNHCR ist einer von 120 Menschen auf der Flucht. Migration in Afrika ist vor allem ein innerafrikanisches Problem. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Flüchtlinge emigriert nach Europa.

Die Herausforderung der Entwicklungszusammenarbeit besteht darin, die Ursachen der Migration zu bekämpfen. „Hilfe für Arme zu leisten, ist billiger als Krisenmanagement.“ Friede und der Abbau des Migrationsdrucks sind nur auf der Basis internationaler Armutsbekämpfung möglich.

Die Erfolge der Entwicklungszusammenarbeit

Die durchschnittliche Lebenserwartung in Entwicklungsländern ist in den letzten drei Jahrzehnten um über ein Drittel gestiegen und liegt heute bei rund 63 Jahren; die Anzahl der Entwicklungsländer, die den Ernährungsbedarf ihrer Bevölkerung decken können, hat sich in den letzten drei Jahrzehnten verdoppelt; die Kindersterblichkeit konnte in den letzten 30 Jahren mehr als halbiert werden.

Bewusstseinsarbeit in Österreich

„Entwicklungszusammenarbeit macht Sinn, Entwicklungszusammenarbeit ist eine moralische Verpflichtung, und Entwicklungszusammenarbeit hilft schlussendlich allen.“ Dies müsse auch der Bevölkerung erklärt werden. Sie müsse über die Leistungen der Entwicklungszusammenarbeit sowie über die tatsächlichen Verhältnisse im Bereich der internationalen Migration informiert werden.

Zuwanderung

Bei der Zuwanderung soll es Grenzen geben. Es gelte das Prinzip der österreichischen Bundesregierung: Integration vor Neueinwanderung. Sichrovsky betonte, dass Menschen jeder Nationalität das Bild Österreichs bereichern. Er schloss mit dem Wunsch, in einer Welt leben zu können, in der niemand zur Migration gezwungen wird.

Dr. Paul Ssemogerere
Außenminister a.D., Uganda

Der Kontinent Afrika ist seit Jahrzehnten von Konflikten geprägt. In letzter Zeit war vor allem das Gebiet der Großen Seen (Great Lakes Region) Zentrum der Auseinandersetzungen. Der Sudan befindet sich seit 1983 im Bürgerkrieg, Uganda ebenfalls, in Ruanda und Burundi bekämpfen sich Hutus und Tutsis. Angola, Zimbabwe und Namibia führen gegen Kabila Krieg. Im restlichen Afrika gibt es weiters in Algerien, Nigeria, Siera Leone, Angola, Mozambique, Somalia, Ethiopien und Eritrea bewaffnete Auseinandersetzungen. Dadurch fließt viel Geld in Kriegsmittel, Geld, das anderwärtig dringend gebraucht würde. Sechs Millionen Afrikaner befinden sich auf der Flucht, der Hauptgrund liegt in politischen Konflikten. Ssemogerere untersuchte in seinem Referat die Ursachen. Leben ist ein fundamentales Menschenrecht und bewaffnete Konflikte seine größte Bedrohung. Doch „since war begin in the minds of men, it is in the minds of men that the defences of peace must be constructed“. (Unesco)
Die NGOs würden bei der Friedenssicherung eine zentrale Rolle spielen.

Ethnozentrismus und Machtmissbrauch

Die Konflikte sind von Land zu Land verschieden, zwei Gründe für die zahlreichen Krisen in Afrika seien Ethnozentrismus und Machtmissbrauch. Ethnozentrismus beruht auf Vorurteilen für oder gegen etwas oder jemanden. Religiöse Überzeugungen, Rassismus oder sexuelle Diskriminierungen führen zu Konflikten. Ebenso wie der Missbrauch von Macht.
Macht wird oft dazu verwendet, die Opposition zu unterdrücken und Terrorregime zu errichten. Bestimmte Gruppen werden von der politischen Willensbildung ausgeschlossen und so oftmals zu gewaltsamen Handlungen provoziert. Einige westliche Staaten – auch Großmächte – vergrößern das Problem, indem sie derartige Regierungen auch noch durch Waffenlieferungen und dergleichen unterstützen.

Das Migrationsproblem

Im Gebiet der großen Seen zählen Uganda, Angola, die Republik Kongo und der Sudan zu den Gebieten mit Massenmigration. Zwei wesentliche Gründe nannte Ssemogerere dafür, nämlich Naturkatastrophen und Katastrophen menschlichen Ursprungs. Zu letzteren zählen politische und wirtschaftliche Instabilität, Unterdrückung, Kriege und Landknappheit.
Flüchtlinge sind nach gelungener Flucht in ein anderes Land häufig noch nicht in Sicherheit. Oft sind sie Angriffen des Aufnahme-Landes ausgesetzt. Flüchtlinge, die in Grenznähe untergebracht sind, können zudem Opfer von Übergriffen aus dem Heimatland oder benachbarter Länder werden. Auch werden sie veranlasst, gegen ihr ursprüngliches Heimatland die Waffen zu ergreifen.
Zu der am meisten gefährdeten Gruppe gehören die Binnenvertriebenen. Sie flüchten zumeist vor bewaffneten Konflikten und enden oft in unsicheren Flüchtlingslagern, wo sie einer Vielzahl von Menschenrechtsverletzungen, wie sexuellem Missbrauch, ausgesetzt sind und ihre elementaren Grundbedürfnisse nicht befriedigen können. Sie leiden oft an einem gravierenden psychischen Trauma. Die Anzahl der Binnenflüchtlinge überschreitet jene der grenzüberschreitenden Flüchtlinge. Die Internationale Gemeinschaft hat die Nöte dieser Menschen noch nicht hinreichend wahrgenommen, so Ssemogerere. Er kritisierte weiters, dass es keine übergeordnete Beobachtung und Überwachung der Einhaltung von Flüchtlingsrechten gibt. Die Asylverfahren seien häufig ungerecht und es gäbe keine Möglichkeit der Berufung.

Den wenigen afrikanischen NGOs, die sich um Probleme der Binnenflüchtlinge kümmern, fehlt es an finanziellen Ressourcen und rechtlichen Rahmenbedingungen. Auch hätten viele NGOs versagt, weil essentielle Punkte wie der Schutz der Menschenrechte oder die Bekämpfung von Waffenlieferungen und unfairer Asylverfahren nicht in ihre Programme Eingang fanden.

Das ‚Forum for Migration Issues in the Great Lakes Region‘, dem Ssemogerere angehört, arbeitet daher auf zwei Ebenen: Einerseits die Nöte der Vertriebenen zu lindern und andererseits die Ursachen für die Krisen im Gebiet der Großen Seen zu bekämpfen. Das Forum will Empfehlungen ausarbeiten, die im Einklang mit internationalen Übereinkommen stehen und den Schutz der Menschenrechte, Demokratie und gute Regierungsführung sowie Freihandel und die Mobilität von Kapital und Menschen fördern.

Botschafter Walter Fust

Direktor der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA)

Botschafter Fust benannte zunächst die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts:

Erstens das rasante Bevölkerungswachstum; pro Jahr gibt es 97 Millionen Menschen mehr, für das Jahr 2025 wird die Weltbevölkerung auf 7,5 Milliarden Menschen geschätzt.

Zweitens die weitverbreitete Armut - ein Viertel der Menschheit lebt mit weniger als 1 Dollar pro Tag - und die ungleiche Einkommensverteilung; die reichsten 20 Prozent besitzen 85 Prozent des weltweiten Reichtums, die ärmsten 20 Prozent besitzen lediglich 1,4 Prozent.

Drittens die Problemfelder Ernährungssicherheit, Wasser und Energie.

Viertens die globale Sicherheit; seit 1990 ist eine starke Zunahme lokaler Konflikte zu verzeichnen. Weltweit gibt es über 20 Millionen kriegsbedingte Flüchtlinge, 100 Millionen Menschen leben außerhalb ihres Heimatlandes. Während zwischenstaatliche Konflikte im Abnehmen begriffen sind, steigen die innerstaatlichen.

Das umfassende Konzept menschlicher Sicherheit („Global Human Security“) geht vom Menschen und seinen Lebensgrundlagen (Umwelt, Soziokultur, Wirtschaft) aus und führt über entwicklungsorientierte Politik (Armutverminderung, Menschenrechte, Partizipation, Zivilgesellschaft, Wirtschaftsordnung) zu ihm zurück. Für Frieden und Entwicklung brauchte es politische Stabilität und Sicherheit (Legitimität, Regierung), vorteilhafte Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und den Aufbau sozialen Kapitals (gesellschaftlicher Konsens, gemeinsame Grundwerte, Orientierung am Gemeinwohl).

Der Entwicklungsprozess

Ein Entwicklungsprozess birgt oft Konfliktpotential. In der ersten Entwicklungsphase, dem Pre-Conflict, wird die Stabilität der Gesellschaft brüchig. Gerade hier muss ein Sensorium geschaffen werden, um Konflikte im Ansatz zu erkennen. Sonst kommt es zur zweiten Phase, zum eigentlichen Konflikt. Nun treten andere Akteure in den Vordergrund, insbesondere das Militär. Hier ist vor allem kurzfristige, humanitäre Hilfe gefragt. In der dritten Phase, dem Post-Conflict wird von der Nothilfe zur Überlebenshilfe übergegangen, neben der Schaffung von politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen geht es vor allem um den Wiederaufbau der Gesellschaft.

Friedensförderung ist Aufgabe verschiedener Politikfelder, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe nur eines von verschiedenen außenpolitischen Instrumenten, allerdings mit einer Schlüsselrolle. Friede und Entwicklung können nicht erzwungen werden, die Grenzen der Bemühungen müssen der Öffentlichkeit vermittelt werden.

Botschafter Fust stellt fünf Thesen zur Migration auf:

- Migration hat es immer gegeben und wird es immer geben.
- Migration ist ein Ordnungsproblem der Weltinnenpolitik, sie kann nicht von einem Einzelstaat bewältigt werden.
- Ein wesentlicher Beitrag zur Migrationssteuerung geht von den Herkunftsländern selbst aus, indem sie die Rahmenbedingungen schaffen, die ihrer Bevölkerung eine Perspektive im eigenen Land ermöglichen.
- Ein wirksamer Umgang mit Migration erfordert von Staatengemeinschaften eine bereichs- vernetzende und kohärente, koordinierte Migrationspolitik.
- Internationale Zusammenarbeit kann Migration nicht direkt und kurzfristig verhindern, Ursachenminderung ist eine langfristige Angelegenheit.

Bei konfliktbedingter Migration sieht Botschafter Fust die humanitäre Verpflichtung, Asyl zu gewähren. Legale Arbeitsmigration könne allerdings ebenso gesteuert werden, wie sonstige freiwillige Migration und zwar durch Ursachenbekämpfung, Schlepperbekämpfung und über die Gestaltung der Attraktivität des Ziellandes.

Das internationale System

Botschafter Fust stellt die Strategie 2010 der DEZA vor, die folgende fünf thematische Schwerpunkte beinhaltet: Krisenprävention und -bewältigung, Gouvernanz, Erhöhung der sozialen Gerechtigkeit, Einkommensförderung und Beschäftigung sowie nachhaltige Ressourcennutzung.

Das internationale System der Entwicklungshilfe zeichnete er als Gebilde vieler kleiner Zahnräder, die bislang nicht ineinander griffen. Die Nationalstaaten, Privatwirtschaft, OECD, UNO, IWF, Weltbank und Zivilgesellschaften, um nur einige zu nennen, verfolgen demnach kein gemeinsames Konzept.

Sozialentwicklung als Investition, die sich ökonomisch, politisch und menschlich lohnt, sei ein doppelter Imperativ – gelebte Solidarität und wohlverstandenes langfristiges Eigeninteresse.

Mit einem Zitat Vaclav Havels schloss Botschafter Fust: „Hoffnung ist eben nicht Optimismus. Es ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – ohne Rücksicht darauf, wie es ausgeht!“

Minister Eugène Nindorera
Minister für Menschenrechtsfragen, Burundi

Es gibt so viele Konflikte in Afrika, dass ihn bei der Betrachtung der Karte Afrikas Beklemmung überkäme, erklärte Nindorera. Viele grenzüberschreitende Konflikte sind ein Erbe der Kolonisation, denn die Kolonialherren haben jene künstlichen Grenzen gezogen, die nun Konfliktpotential bergen. Viele Konflikte wären allerdings bei verantwortungsvoller, staatlicher Führung vermeidbar. Ethnische, soziale oder religiöse Differenzen werden von Politikern instrumentalisiert, um ihren politischen Zielen zu dienen. Oft stecken auch Bodenschätze und andere Reichtümer hinter bewaffneten Konflikten. Als Beispiel nannte Nindorera den Krieg zwischen Zimbabwe und Kongo.

Neben diesen rationalen Gründen der Kriegsführung gibt es aber auch völlig irrationale: der Konflikt zwischen Hutus und Tutsis entbehrt ebenso einer vernünftigen Erklärung wie der zwischen Katholiken und Protestanten in Nordirland.

Armut und Reichtum

Obwohl viele Afrikaner extreme Armut zu leiden haben, ist es durchaus nicht so, dass Afrika von seinen natürlichen Voraussetzungen her benachteiligt ist. Afrika verfügt über ungeheure Naturschätze, nur sind sie schlecht verteilt und ungleich verwaltet. In 40 Jahren Unabhängigkeit wurde die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer. Allerdings konnte in einigen Staaten ein Fortschritt im Bereich der Infrastruktur, der Menschenrechte und der Wirtschaft erzielt werden. Wo dieser ausblieb, besteht ein fragiles Gleichgewicht, das den zahlreichen Belastungen kaum standhält.

Lösungen

Bevor man nach adäquaten Lösungen sucht, muss man zunächst die vielfältigen komplexen politischen und wirtschaftlichen Ursachen identifizieren. Es geht vor allem darum, ein politisches, soziales und ökonomisches Umfeld zu schaffen, das es den Menschen ermöglicht, ihre elementaren Grundbedürfnisse zu befriedigen. Die Qualität der Führung muss entscheidend verbessert werden, da ansonsten jede andere Maßnahme ihre Wirkung nicht entfalten kann. Nur unter guter Führung ist eine gerechte Güterverteilung möglich. Weiters bedarf es der Gewaltentrennung, eines Systems der demokratischen Mitbestimmung, einer straffen Verwaltung und der unbedingten Wahrung der Menschenrechte.

Das Phänomen der Migration ist nicht nur auf Konflikte, sondern vor allem auch auf die Armut der Menschen zurückzuführen. Entwicklungszusammenarbeit ist ein Mittel, um Migration zu verhindern. Gerade in Burundi ist durch die Hilfe insbesondere Österreichs viel humanitäres Leid verhindert worden. Nindorera dankte in diesem Zusammenhang ganz besonders Botschafter Lennkh, der in den Friedensverhandlungen von Arusha eine entscheidende Rolle gespielt hatte. „Erlauben Sie mir, Ihnen meinen aufrichtigen Dank auszusprechen und Sie zu ersuchen, die Entwicklungszusammenarbeit entschlossen voranzutreiben.“

Mag. Beat Schuler
UNHCR

Migration bezeichnete Schuler als eine natürliche menschliche Aktivität, die so alt sei, wie die Menschheit selbst. Die Gesellschaften in der europäischen Region seien durch Migrationsbewegungen stark bereichert worden. Asylgewährung habe in Europa Tradition. Allerdings falle die Unterscheidung zwischen den Begriffen ‚Asyl‘ und ‚Migration‘ immer schwerer. Die Zunahme des Migrationsdruckes und die Verringerung der Möglichkeiten einer legalen Einwanderung führen dazu, dass die Institution Asyl missbraucht wird. Schonungslose und undifferenzierte Mittel zur Verhinderung der illegalen Migration haben allerdings dazu geführt, dass eine beträchtliche Anzahl echter Asylsuchender in die Hände von Schleppern gerät.

Das Schlepperunwesen solle nicht auf dem Rücken der Asylsuchenden bekämpft werden. Hier bedarf es spezieller Vorkehrungen zum Schutz der Opfer krimineller Ausbeutung.

Schuler befürwortete die konsequente Ausweisung von Personen, deren Asylverfahren nach einer objektiven und fairen Beurteilung letztinstanzlich negativ beschieden wurde. Denn durch das Ausbleiben einer Ausweisung werde die Glaubwürdigkeit des Asylverfahrens in Frage gestellt.

Asyl solle als eigenständiger rechtlicher Begriff erhalten bleiben und nicht der Migrationspolitik untergeordnet werden.

Abschreckungsmaßnahmen lindern den Migrationsdruck nicht. Die Kontrolle von Migrationsbewegungen kann nur über die Bekämpfung der Ursachen wie Armut/sozioökonomische Missstände, Konflikte oder Menschenrechtsverletzungen erfolgen.

In vielen europäischen Städten gibt es einen Mangel an qualifizierten wie ungelerten Arbeitskräften, demnach kann Migration als positiver Impuls für wirtschaftliche Entwicklung und Fortschritt gesehen werden.

Immigration und Integration stehen in enger Wechselwirkung. Schuler betonte den besonderen Stellenwert der Familienzusammenführung und begrüßte die Initiative der Europäischen Kommission, die ein Recht auf Familienzusammenführung für alle Drittstaatsangehörigen in EU-Ländern vorsieht. Eine erfolgreiche Integration öffnet das Tor zu besserem Verständnis und Toleranz. Ausländerfeindlichkeit und Diskriminierung gilt es zu bekämpfen.

Die Probleme, die sich durch die Flüchtlings- und Migrationsbewegungen ergeben, sind von internationaler Bedeutung und bedürfen der Zusammenarbeit von regionalen, nationalen und globalen Verantwortungsträgern.